

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Bundesbank - Lohnrunde '93 - EWS -
EG-US-Stahlstreit - USA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1993) : Kurz kommentiert: Bundesbank - Lohnrunde '93 - EWS - EG-US-Stahlstreit - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136970>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbank
Verfrühte Zinssenkung?

Mit ihren jüngsten Beschlüssen hat die Bundesbank manchen Beobachter überrascht. Wer die Äußerungen der Bundesbankspitze anlässlich der Zinssenkungsbeschlüsse vom vergangenen September ernst nahm, mußte den Zeitpunkt für weitere Lockerungsmaßnahmen als noch nicht gegeben ansehen. Zwar zeichnete sich in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst ein näherungsweise stabilitätsgerechtes Ergebnis bereits ab; doch kann keineswegs als gesichert gelten, daß dieser lohnpolitische Kurs auch die kommenden Tarifrunden prägen wird. Noch geringer erscheint die Aussicht auf eine stabilitätsgerechte Lösung der finanzpolitischen Probleme. Bei alledem verzögert sich die erwartete Abschwächung des Inflationstempos, und zwar auch nach Bereinigung um den jüngsten Mehrwertsteuereffekt. Insgesamt sprach wenig für eine geldpolitische Entwarnung zum jetzigen Zeitpunkt.

Bei genauer Rechnung erweist sich jedoch der Lockerungseffekt der jüngsten Bundesbankbeschlüsse als recht bescheiden. Die freiwerdende Bankenliquidität soll über die Abgabe von Liquiditätspapieren weitgehend absorbiert werden, und für die Entwicklung der Geldmarktzinsen sind gegenwärtig weniger die Leitzinsen als vielmehr die bislang kaum veränderten Konditionen für Wertpapierpensionsgeschäfte relevant. Was bleibt, ist eine geschickt inszenierte „Goodwill“-Demonstration: Die Senkung der Leitzinsen hat die Erwartungshaltung der Märkte beeinflußt und – fürs erste – die Spannungen im EWS entschärft. Auch die Rücknahme der Mindestreservesätze wird – über die induzierten Veränderungen des Marktinzinsgefüges – tendenziell die Spekulation gegen „abwertungsverdächtige“ Währungen eindämmen. Gleichwohl bleibt das Risiko, daß die Bundesbankbeschlüsse gerade von den Politikbereichen im Inland mißverstanden werden, deren stabilitätspolitischer Beitrag noch immer aussteht. fr

Lohnrunde '93
Abschluß mit Augenmaß

Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst – 3% mehr Lohn und Gehalt zuzüglich einer geringen „sozialen Komponente“ – ist alles in allem durchaus als maßvoll zu bezeichnen, selbst angesichts der prekären Finanzlage des Staates. Er läßt hoffen, daß die Lohnsteigerungen in den

alten Bundesländern in diesem Jahr unterhalb der 4-Prozent-Marke bleiben und somit deutlich niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr; 1992 lag der Tariflohnanstieg noch bei 5,7%. Soweit es Westdeutschland betrifft, scheinen somit die Weichen für die notwendige Tendenzwende in der Lohnpolitik gestellt.

Für Ostdeutschland gilt das freilich noch nicht. Dort wird die für viele Bereiche schon seit längerem vereinbarte stufenweise Angleichung der Ost-Löhne an das westdeutsche Niveau zu einer immer schwereren Hypothek. Die vertragsgemäße Umsetzung der Vereinbarungen, die etwa im krisengeschüttelten Metallbereich ab April zu einem Lohnanstieg von rund 26% führen würde, würde der ostdeutschen Wirtschaft in diesem Jahr erneut einen kräftigen Kostenschub bringen und die im Mittel ohnehin schon erheblich über dem Westniveau liegenden Lohnstückkosten weiter in die Höhe treiben. Das würde aber insbesondere im industriellen Bereich viele Unternehmen überfordern und ihre Chancen, in absehbarer Zeit wettbewerbsfähig zu werden, weiter schmälern; noch mehr Arbeitsplatzverluste und Subventionen wären die Folge.

Insofern erscheint eine Revision der Tarifverträge für Ostdeutschland dringend geboten; durch Öffnungsklauseln müßte den Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt werden, die Lohnanpassung zeitlich zu strecken. Es bleibt zu hoffen, daß sich auch hier schließlich die Einsicht in das wirtschaftlich Notwendige durch setzt. ew

EWS
Spekulation – und kein Ende?

Mit der Abwertung des Irischen Pfundes ist wieder eine Bastion gegenüber der Währungsspekulation gefallen. Nachdem die Regierung Reynolds noch Tage zuvor dem Druck der Märkte unter großem Einsatz widerstanden hatte, mußte sie sich am letzten Januarwochenende doch in das Unvermeidliche fügen. Die alles überschattende Frage danach war: Wird sich der Französische Franc halten können, und was wird aus der Währungspolitik Europas, wenn sich auch die französische Regierung zum Aufgeben gezwungen sieht?

Dabei steht längst nicht mehr nur die einheitliche Währung auf dem Spiel. Mittlerweile geht es darum, den Bestand dessen, was bisher in Europa erreicht wurde, zu sichern. Durch die jüngsten Krisen ist das EWS, einst als Hort wirtschaftspolitischer Konvergenz und währungspolitischer Stabilität gerühmt, in seinen Grundfesten erschüttert. Seit dem Sommer letzten Jahres hat die Devi-

senspekulation allein fünf Teilnehmerwährungen zu Korrekturen gezwungen. Zwei von ihnen – das Britische Pfund und die Italienische Lira – mußten den Wechselkursmechanismus des Systems verlassen.

Eine Schlüsselrolle wurde in jener Zeit der Haltung der Deutschen Bundesbank zugewiesen. Ihr wurde häufig gerade vom Ausland vorgeworfen, mit ihrem Verhalten die Lawine der Spekulation erst losgetreten zu haben. Dem zuzustimmen hieße zu verkennen, wie angeschlagen das System durch die Diskussion um die Maastrichter Verträge bereits war. Ein Zusammenspiel der Bundesbank mit der Bank von Frankreich zur Stabilisierung des EWS scheint jedoch gegenwärtig geboten. Kommt es hierzu nicht, muß man sich allerdings um eine gemeinsame währungspolitische Zukunft Europas sorgen. re

EG-US-Stahlstreit

Härtere handelspolitische Gangart?

Es darf nicht überraschen, daß in der gegenwärtigen ersten Stahlkrise EG-Kommission und europäische Stahlindustrie mit harscher Kritik auf die Ende Januar verhängten amerikanischen Strafzölle auf Stahllieferungen reagierten. Betroffen sind von der vorläufigen Entscheidung des US-Handelsministeriums 19 Staaten, darunter sieben EG-Länder einschließlich Deutschland, denen man Dumping mit Margen zwischen knapp 1% und deutlich über 100% vorwirft. Diese Entscheidung ergänzt ein laufendes Ausgleichszollverfahren von Ende November 1992. Sieht man diese Entwicklung noch im Zusammenhang mit der amerikanischen Drohung, die EG-Länder von bestimmten öffentlichen Ausschreibungen als Reaktion auf die als diskriminierend empfundene EG-Richtlinie über die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesen im Bereich von Fernmeldewesen, Verkehr, Wasserwirtschaft und Energie auszuschließen, so scheint sich eine härtere handelspolitische Gangart der USA herauszuschälen.

Drohgebärde und Unilateralismus sind sicherlich keine angemessenen Instrumente. Ob aus der gegenwärtigen Entwicklung schon ein verstärkter US-Protektionismus abgeleitet werden kann, wie es teilweise geschieht, ist dennoch wohl zweifelhaft. Sicher gerieten die klagenden US-Stahlgroßunternehmen – bei weiterer Zurückhaltung der ausländischen Exporteure auch nach Auslaufen des „freiwilligen“ Selbstbeschränkungsabkommens – nicht zuletzt auch durch rationeller arbeitende Ministahlwerke im eigenen Lande unter Druck.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß – darauf wies der europäische Industrieverband Eurofer selbst hin – einige europäische Länder schon wieder Milliarden an öffentlicher Hilfe zur Stützung ihrer angeschlagenen Industrien einsetzten. Zudem hat die Kommission kürzlich beträchtliche neue Hilfen angekündigt. Zu hoffen ist, daß in einem fairen Verfahren eine für beide Seiten akzeptable Regelung gefunden wird. Eine anhaltende und sich noch selbstverstärkende Konfrontation wäre für alle schädlich. kr

USA

Ein wirtschaftspolitischer Neuanfang?

Präsident Clinton plant nach letzten Ankündigungen ein Konjunkturprogramm in Höhe von 31 Mrd. Dollar, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Rund die Hälfte dieser Summe soll noch im laufenden Haushaltsjahr für Maßnahmen im öffentlichen Sektor, etwa im Straßenbau, ausgegeben werden. Daneben sind Steueranreize im privaten Sektor vor allem für Investitionen vorgesehen.

Die Regierung will dabei jedoch nicht den Eindruck erwecken, daß sie die versprochene Haushaltskonsolidierung aus den Augen verliert. Neben dem Stimulierungsprogramm wird daher ein längerfristig angelegter Plan zur Reduzierung des Budgetdefizits vorbereitet. Für die Einnahmenseite werden dabei u. a. die Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 31 auf 36%, die Einführung einer umfassenden Energiesteuer sowie einer allgemeinen Konsumsteuer diskutiert. Auf der Ausgabenseite soll nicht zuletzt eine Reform des Gesundheitsbereichs, in dem die Aufwendungen in den letzten Jahren besonders kräftig stiegen, Einsparungen für den Staat bringen.

Das Festhalten an einer Stimulierung der Konjunktur trotz der immer deutlicher werdenden gesamtwirtschaftlichen Belebung dient offensichtlich primär dazu, Wahlversprechungen wenigstens in diesem Punkt zu realisieren. Wichtiger aber wäre es, eine Strategie für die langfristige Gesundung der Staatsfinanzen, d. h. für eine Konsolidierung zu entwickeln. Die vor allem im sozialen Bereich angelegte Dynamik staatlicher Leistungen macht dabei schmerzhaft Eingriffe und Anpassungen unvermeidbar. Dies ist am ehesten zu Beginn einer Präsidentschaft möglich, zumal in der Bevölkerung offenbar die Bereitschaft besteht, einen wirtschaftspolitischen Neuanfang zu wagen. Bei der Realisierung der notwendigen langfristigen Reformen kann allerdings die Weltwirtschaft von der amerikanischen Wirtschaft keine kurzfristigen Ankerbelungeffekte wie einmal zu Beginn der achtziger Jahre erwarten. cb